

240/AE

der Abgeordneten Ing. Leopold Maderthaner, Dr. Feurstein, Ingrid Tichy-Schreder, Ridi Steibl, Amon

und Kollegen

betreffend Förderung von betrieblicher Ausbildung

Mit der Lehrlingsausbildung (dualen Ausbildung) verfügt Österreich über ein im Rahmen der Europäischen Union vorbildliches System der Qualifizierung Jugendlicher, hohe Ausbildungsqualifikationen durch die Ausbildungsleistungen der Betriebe und der Berufsschulen erbringt und damit einen wichtigen internationalen Wettbewerbsvorteil Österreichs darstellt. Rund jeder zweite Schüler der Altersgruppe der Fünfzehn- bis Achtzehnjährigen erwirbt über ein Lehrverhältnis seine Ausbildung. Der andere Teil über eine allgemeinbildende oder berufsbildende weiterführende Schule. Dazu ist festzustellen, daß der Finanzbedarf des Bundes für Schüler weiterführender Schulen rund zehnmal höher ist als für Lehrlinge. Aufgrund des verschärften nationalen und internationalen Wettbewerbs steigt für die Betriebe die Bedeutung des Kostenfaktors Ausbildung. Wie Statistiken der letzten Jahre zeigen, wirkt sich dieser Kostendruck auf die Lehrlingsausbildung aus. Die hohe Ausbildungsbereitschaft der österreichischen Betriebe muß aus gesamtwirtschaftlichen Gründen aufrechterhalten werden. Eine Verdrängung der Lehrlingsausbildung zugunsten der schulischen Ausbildung würde Österreich einen wichtigen nationalen und internationalen Konkurrenzvorteil nehmen. Lehrlingsstatistiken beweisen, daß die Zahl der Ausbildungsbetriebe zurückgeht; dieser Rückgang der Ausbildungsbetriebe hat zahlreiche Gründe, einer davon ist sicherlich die Kostenbelastung, die eine qualitativ hochstehende Lehrlingsausbildung mit sich bringt. Das Wenigerwerden von Ausbildungsplätzen in der Wirtschaft muß daher gestoppt und rechtzeitig gegengesteuert werden.

Aus diesem Grund stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgenden Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, möglichst rasch eine Konzeption für die Abgeltung der Ausbildungsanstrengungen der Ausbildungsbetriebe und zur Förderung der Ausbildungsbereitschaft in der österreichischen Wirtschaft vorzulegen, die folgende

Maßnahmen umfaßt:

- 1 . Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge für Lehrlingsentschädigungen während des ersten und zweiten Lehrjahres aus Mitteln des AMS.
2. Sicherstellung der Ausbildungszeit im Betrieb.
3. Überprüfung der Altersgrenzen im Ausbildungssystem
4. Sistierung des Zulassungsverfahrens als Ausbildungsbetrieb für fünf Jahre.
5. Einrichtung von Schlichtungsstellen für Problemlösungen im Bereich der dualen Ausbildung.
6. Verwirklichung der Berufsreifeprüfung.
7. Maßnahmen zur Anhebung des Images der Lehrausbildung.
8. Finanzierung der Vorbereitungszeit für die Meisterprüfungen durch das AMS.

In formeller Hinsicht wird beantragt, diesen Antrag dem Industriausschuß zuzuweisen.